

1. Einleitung

Seit dem Krieg in der Ukraine droht ein anderes Konfliktfeld in Europa in den Hintergrund zu treten, welches sowohl seit über zwei Jahrzehnten die Internationale Staatengemeinschaft beschäftigt als auch sich bisher als wenig lösbar herausgestellt hat. Ist heute vom Kosovo-Konflikt und insbesondere vom Kosovokrieg von 1998 und 1999 die Rede, erinnern sich die meisten Zeitzeugen an die Bilder von endlosen Flüchtlingskolonnen, den ersten deutschen Militäreinsatz seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und vor allem an die als ethnisch bezeichnete Gewalt im Zuge des Zerfalls Jugoslawiens. Will man¹ sich nicht die Interpretation eines ethnopolitischen ‚Pulverfasses‘ auf dem Balkan zu eigen machen, stellt sich schnell die Frage, welche gesellschaftlichen Gruppen im Kosovo von der Wirkmächtigkeit ethnonationaler Narrative profitieren, bieten diese doch ein nach wie vor großes politisches Nutzungs- und Mobilisierungspotential. Ein Blick auf die Eliten des Landes erscheint daher angebracht. Abseits von Stereotypisierungen stellt sich jedoch die Frage, wer zu diesen Eliten gehört, wie diese Gruppen überhaupt erst zu Eliten wurden und wie sie ihre gesellschaftliche Vorherrschaft sichern.

Im Allgemeinen reichen die Vorstellungen über Eliten von im Geheimen wirkenden Zirkeln der Mächtigen über die oberen Zehntausend, dem Establishment oder der Hautevolée bis hin zu Funktionsgruppen aus der Wirtschaft, der Politik, der Wissenschaft, des Sports usw. So ungenau, indifferent und oftmals negativ aufgeladen der Begriff erscheint, so stark scheint er dabei auch mit einem Bezugsrahmen verfestigt zu sein, welcher durch die westliche Industriegesellschaft und ihre spezifische Moderne geprägt wird. Im hauptsächlich agrarisch geprägten Kosovo scheint dies jedoch wenig zielführend.

Eine Antwort auf eine solche Frage muss daher im Fall des Kosovo zwangsläufig in Verbindung zu den oben genannten ethnonationalen Kollektiven stehen und gleichsam historische Entwicklungslinien und -prozesse berücksichtigen. Denn den kollektiven Fremd- und Selbstwahrnehmungen scheint doch eine Wirkmächtigkeit innezuwohnen, welche ihr noch in der Gegenwart große politische Bedeutung verleiht. Gleichfalls müssen diese Wahrnehmungs- und Zuschreibungsmuster einmal entstanden und durch einschneidende Geschehnisse oder länger wirkende Prozesse in der dortigen Gesellschaft geformt worden sein.

Ein naheliegendes Beispiel hierzu ist denn auch der kriegerische Konflikt um den Kosovo Ende der 1990er Jahre. Denn wenngleich dieser den letzten Höhepunkt der blutigen Zerfallskriege des ehemaligen Jugoslawien bildete, so bargen seine politischen und sozialen Nachwirkungen Herausforderungen in sich, welche bis heute nicht vollständig überwunden werden konnten – sowohl für die Gesellschaften und Staaten der Balkanregion selbst als auch für jene im gesamteuropäischen Raum. Allein, dass die 2008 ausgerufene Republik Kosovo nach wie vor weder von Serbien noch von einigen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union als souveräner Staat anerkannt wird, verdeutlicht welche politischen Nachhall dieser Konflikt im Südosten Europas bis in die Gegenwart hat. Gleichwohl erscheinen seine

¹ Aus Gründen der besseren Leserlichkeit wird im Folgenden auf eine gendergerechte Sprache verzichtet.

Auswirkungen auf die innergesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse im Kosovo diffus und unklar, sobald ethnopolitische Kategorisierungen beiseite gelassen werden. Gleiches lässt sich auch über seine Ursachen sagen.

Dass auch die wissenschaftliche Forschung nicht frei von solchen Kategorisierungen war und ist, liegt gewissermaßen in der Natur der Sache. Denn Wissenschaft und Forschung bewegen sich niemals außerhalb der Gesellschaft in welcher sie existieren. Auch wird die Perspektive von außen nur allzu leicht von den in den Post-Conflict-Regionen vorherrschenden Narrativen gelenkt.

So ist es nicht überraschend, dass gerade während der Zerfallskriege der 1990er Jahre Stereotypen und Klischees von den politisch Verantwortlichen genutzt wurden, um ihre militärischen Zielsetzungen sowohl nach außen wie nach innen zu legitimieren und somit die im Westen bestehenden Ressentiments bestätigten. Die Rede ist hier vor allem von nationalistischen und rassistischen Interpretationsmustern der Konfliktursachen, welche wiederum aus dem ex-jugoslawischen Raum nach außen drangen und nur allzu leicht auf die dort historisch gewachsenen orientalistischen Stereotype stießen, mit diesen verknüpft wurden oder diese scheinbar einfach nur bestätigten. Auch eine Dichotomie von Gut und Böse der regionalen Kriegsparteien sowie die teils unkritische Übernahme ihrer nationalistischen Narrative bei gleichzeitigem moralischen Impetus – mit besonders krasser Ausprägung während des Kosovokrieges – gehörten dazu und wirken bis in die Gegenwart nach.

Soziale und politische Antagonismen, wie etwa der Gegensatz zwischen Stadt und Land, Arm und Reich oder Peripherie und Zentrum, entziehen sich somit dem Betrachter. Dies betrifft den Kosovo wie auch andere Länder Ex-Jugoslawiens, wenn auch in unterschiedlichem Maße. Diesen Zustand gilt es zu durchbrechen.

Dementsprechend soll es Ziel der vorliegenden Arbeit sein, den forschenden Blick weg von eben jenen vorgegebenen Narrativen zu lenken und sich auf die strukturellen und akteurspezifischen Merkmale in der konfliktreichen Geschichte und Gegenwart des Kosovo zu konzentrieren. Dies bedingt insbesondere eine ideologiekritische Auseinandersetzung mit den Begriffen der Nation und des Nationalismus, welche im ex-jugoslawischen Raum bis in die Gegenwart einen enorm hohen Stellenwert besitzen und gleichzeitig nur allzu oft auch im Ausland unreflektiert und unkritisch für den westlichen Balkan im Allgemeinen und für den Kosovo im Besonderen übernommen werden.

Daher liegt der vorliegenden Arbeit eine andere Betrachtungsweise zugrunde, welche den Fokus auf die herrschenden Eliten, die historischen Bedingungen zur Erlangung ihrer Herrschaft sowie auf deren ideologische, ökonomische und institutionelle Kontinuitäten und Brüche setzt. Im Zuge dessen sollen andere Konfliktlinien innerhalb und außerhalb der dortigen Gesellschaft aufgezeigt werden, welche unter der Ägide des Nationalen vermeintlich unsichtbar wurden, obgleich sie dadurch nichts von ihrer Wirkmächtigkeit einbüßten. Auch der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und ökonomischen Einflussnahme von außen soll in diesem Kontext ebenfalls detailliert Rechnung getragen werden.

Denn gerade der Kosovo und die in ihm lebende Bevölkerung sind eingebettet in ein mehrschichtiges regionales und internationales Netz aus Abhängigkeiten und Interdependenzen. So wäre etwa der heutige Kosovo weder denkbar ohne Serbien oder ohne Jugoslawien noch ohne dessen internationale Lage wie auch derer seiner Nachfolgestaaten.

Den Ausgangspunkt und gleichsam die Ausgangsüberlegungen für die vorliegende Schrift stellen grenzübergreifende Erfahrungen vor Ort dar, welche der Verfasser bei mehrfachen und langen Aufenthalten vor Ort und in Gesprächen mit Einheimischen machen konnte. Diese Erfahrungswerte führten zu weiteren Fragen und Hinterfragungen der gängigen ethnischen Interpretationsmuster der Konfliktlage sowie zur politischen Herrschaft. Bemerkenswert waren zudem viele Alltagsphänomene, welche die heutige kosovoalbanische Gesellschaft mit ihren Nachbargesellschaften teilt.

Beispielsweise ist sowohl in Serbien als auch im Kosovo auffällig, dass trotz aller ethnischen Gräben und Unterschiede gleichfalls vielerlei Gemeinsamkeiten und Analogien im Alltag auftreten. Genannt seien an dieser Stelle nur einige Beispiele, wie etwa ein weit verbreitetes Desinteresse an Politik und bisweilen eine geradezu ablehnende Haltung der Bevölkerung gegenüber der Politik im eigenen Land, eine große Desillusionierung in Bezug auf die gesamtgesellschaftliche sozioökonomische Entwicklung der gesamten Region sowie der weitverbreitete Wunsch, im Ausland einen Neuanfang zu wagen. Dies geht einher mit einer auch im Kosovo noch verbreiteten Verklärung der jugoslawischen Vergangenheit, gleichwohl diese paradox zum offiziellen Narrativ der noch jungen Republik Kosovo erscheint. Sprachliche und popkulturelle Parallelen und Gemeinsamkeiten sowohl aus der Zeit Jugoslawiens als auch durch die mediale Einflussnahme aus der Europäischen Union (EU) und den Vereinigten Staaten von Amerika (USA) runden dieses Bild von den bereits genannten Abhängigkeiten und Interdependenzen weiter ab. Weiterhin wird das Alltagsbild im Kosovo wie auch in den anderen jugoslawischen Nachfolgestaaten sowie in deren Nachbarländern in großem Maße von dem weit verbreiteten Gefälle zwischen arm und reich geprägt.

Gerade letzteres führt zwangsläufig zu der Frage, wer im Kosovo die politische und wirtschaftliche Herrschaft innehat, wer Macht ausübt und wie sich dies de facto ausgestaltet. Eine einfache Antwort im Sinne des Parlamentarismus würde eindeutig zu kurz greifen, so wie sie auch in anderen Ländern, sofern soziale und sozioökonomische Faktoren berücksichtigt werden, zu kurz greift. Wird jedoch bedacht, dass eine Elite, gleich welcher Art, nicht ohne einen sie umgebenden gesellschaftlichen Kontext gedacht werden kann, ist es notwendig, die entsprechenden Strukturen dieser Gesellschaft zu ergründen. Erst aus ihnen lassen sich Aussagen über das Wesen und die Herrschaftspraxis einer nationalen Elite treffen. Dementsprechend liegt der vorliegenden Arbeit das Hegemoniekonzept Antonio Gramscis (1891–1937)² und dessen Weiterentwicklung im Rahmen des Neogramscianismus zugrunde. Dies ermöglicht nicht nur auf die Beziehungen zwischen der Bevölkerung und ‚ihrer‘ Elite einzugehen, sondern diese auch vor ihrem strukturellen Hintergrund sichtbar zu machen.

² Vgl. Neubert, Harald: Antonio Gramsci: Hegemonie – Zivilgesellschaft – Partei. Eine Einführung. Hamburg 2001, S. 8, 14.

Bevor auf die inhaltlichen, theoretischen und methodischen Aspekte der vorliegenden Arbeit eingegangen wird, ist es jedoch notwendig einige Anmerkungen linguistischer Art zu machen. Dies resultiert nicht nur aus reinen für die vorliegende Arbeit relevanten Formfragen, sondern verdeutlicht bereits auf der Ebene der Sprache, welches Themenfeld der Kosovo in politischer Hinsicht bietet. Für den bisher mit der Kosovothematik weniger vertrauten Leser erfolgt im Anschluss ein kurzer historischer Überblick.

1.1 Zur Nennung von Orts- und Eigennamen

Linguistisch unumstritten ist die Tatsache, dass Sprache wirkt und Einfluss hat auf die Wahrnehmung von Gesagtem. So entsteht zwangsläufig immer wieder der Eindruck einer Parteinahme. In der vorliegenden Arbeit wurde bewusst für die Bezeichnung ‚Kosovo‘ der bestimmte Artikel in seiner maskulinen Form gewählt, wobei die Verwendung und der Verzicht des Artikels dem sprachlichen Fluss angepasst werden. Obwohl im Serbischen bzw. Serbokroatischen ‚Kosovo‘ sprachlich neutral ist, ist der Begriff in seiner Bedeutung kulturell und religiös aufgeladen (etwa durch die berühmte Schlacht auf dem Amselfeld³ von 1389 zwischen einer christlichen Allianz unter dem serbischen Fürsten Lazar Hrebeljanović und dem osmanischen Heer unter Sultan Murad I.). Auch die in Serbien verbreitete Bezeichnung als Kosovo und Metochien⁴ hat christlich orthodoxe Ursprünge. Im Albanischen wiederum wird der Kosovo als ‚Kosova‘ oder ‚Kosovë‘ bezeichnet. Ähnlich wie im Beispiel der Hauptstadt Prishtina⁵ oder Prishtinë ergibt sich die Endung durch eine Anfügung des Adjektivs. Die beiden jeweils letztgenannten Formen stellen dabei die jeweils unbestimmte Form dar. Andere Ortsbezeichnungen weichen in beiden Sprachen in weitaus größerem Maße voneinander ab.

Weiterhin bedeutsam ist der historische und politische Rahmen, in welchem Ortsbezeichnungen benutzt wurden und werden. Um sprachliche Neutralität zu wahren, werden daher Ortsnamen in beiden Sprachen mit einem Schrägstrich voneinander getrennt angegeben. Aus Gründen der Einfachheit wird dabei die serbische Schreibweise zuerst genannt, ist diese doch international geläufiger und aus historischen Gründen weiter verbreitet. Ortsbezeichnungen in Quellenangaben erfolgen hingegen in der deutschen Schreibweise.

Eigennamen werden, abseits ihrer Erwähnung in Zitaten oder anderen Quellen, selbstverständlich in der Erstsprache ihres Trägers wiedergegeben. Bezeichnungen von gesamt-kosovarischen oder jugoslawischen Institutionen werden – sofern dies möglich oder bedeutsam ist – in Fußnoten zweisprachig ausgeschrieben.

³ Serb. Kosovo polje, alb. Fusha e Kosovës.

⁴ Serb. Metohija, alb. Dukagjini. Der albanische Name steht allerdings in keinem Zusammenhang mit dem Serbischen.

⁵ Serb. Priština.

1.2 Historischer Überblick

Wenn von einer Geschichte des Kosovo die Rede ist, ist es notwendig, den Blick auf die West-Balkan-Region als Ganzes zu werfen. Denn als bisher jüngster Staat in Europa hat die Republik Kosovo erst seit wenigen Jahren über eine eigene nationalstaatliche Geschichte. Nichtsdestotrotz verfügt der heutige, gerade einmal 10877 km² umfassende und knapp 1,7 Millionen Einwohner zählende,⁶ Kosovo über eine bis in die Antike zurückreichende Geschichte. Diese ist nicht nur geprägt von den großen Imperien jener Zeit, wie dem Römischen Reich und seinem Nachfolger Byzanz, sondern vor allem auch von diversen Besiedlungsphasen durch benachbarte Völker, insbesondere slawischer Stämme. Mit dem Niedergang des Byzantinischen Reiches konnte sich seit dem 13. Jahrhundert ein serbisches Königreich etablieren, welches, bis zu seiner Eroberung durch die Osmanen im 14. Jahrhundert, eine Regionalmacht darstellte.⁷ Das kulturelle, politische und wirtschaftliche Zentrum des serbischen Reiches lag (derweil) in der Region, welche heute den Kosovo darstellt. Die osmanische Eroberung stellte einen tiefen Einschnitt für die christlichen Slawen des Balkans dar, sollten sie doch für die nächsten Jahrhunderte unter muslimisch-osmanischer Vorherrschaft bleiben. Die sogenannte Schlacht auf dem Amselfeld 1389, bei welcher die Osmanen die serbischen Truppen mitsamt ihrer Verbündeten schlugen, wurde in der Folge zu einem religiös-kulturellen Mythos mit eschatologischen Zügen verklärt.⁸ Erst im 19. Jahrhundert gelang es dem modernen Serbien eine staatliche Unabhängigkeit zu erlangen. Aufgrund seiner Bedeutung im Mittelalter kommt dem Kosovo daher bis heute eine hervorgehobene Rolle im nationalen Selbstverständnis Serbiens zu. Er stellt, nach serbischer Lesart, die „Wiege des Serbentums“⁹ dar. Der Kosovo verblieb jedoch bis zum Ersten Balkankrieg von 1912 unter osmanischer Vorherrschaft.¹⁰ Die Einverleibung des Gebietes durch Serbien erfolgte dabei unter massiven Vertreibungen und Kriegsverbrechen gegenüber der überwiegend muslimischen, albanischen Bevölkerung.

Die albanische Historiographie steht hingegen diametral zur serbischen, setzt aber auch eigene Schwerpunkte. Nach dieser lassen sich die Albaner im Kosovo, wie auch in anderen Gebieten des westlichen Balkan, bis zum antiken Volk der Illyrer zurückverfolgen.¹¹ Dementsprechend geht die albanische Geschichtswissenschaft von der Autochthonie des albanischen Volkes in der Region aus. Tatsächlich war bereits im späten 17. Jahrhundert die Mehrheit der kosovarischen Bevölkerung nicht slawisch. Dies ist dahingehend von Bedeutung, als dass sowohl der serbische als auch der albanische Nationalismus aus der Erzählung einer Erstbesiedlung der Region, ein historisches Vorrecht auf Herrschaft, verbunden mit

⁶ Vgl. Ismaili, Besa: Kosovo. In: Nielsen, Jørgen S.; Akgönül, Sanim; Alibašić, Ahmet; Račius, Egdūnas: Yearbook of Muslims in Europe. Bd. 5, Leiden, Boston 2013, S. 369.

⁷ Vgl. Schmitt, Oliver Jens, 2008, S. 52ff.

⁸ Vgl. a. a. O., S. 59f.

⁹ Sundhaussen, Holm: Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten 1943–2011. Eine ungewöhnliche Geschichte des Gewöhnlichen. 2., durchges. Aufl., Wien, Köln, Weimar 2014, S. 486.

¹⁰ Vgl. Schmitt, Oliver Jens, 2008, S. 173.

¹¹ Vgl. a. a. O., S. 32.

entsprechenden Territorialansprüchen, ableiten. Weiterhin betont die albanische Geschichtsschreibung in besonderem Maße die Unterdrückung der albanischen Bevölkerung durch den serbischen Staat.

Wie auch im serbischen Fall, war die albanische Nationalstaatsbildung aufs Engste verknüpft mit dem Niedergang des Osmanischen Reiches. Aber erst 1911 entstand unter dem Einfluss der europäischen Großmächte der albanische Staat,¹² welcher jedoch wirtschaftlich und politisch keine relevante Größe in der Region darstellte. Im Kosovo verfolgte der serbische Staat in der Zwischenkriegszeit eine Politik der Serbisierung. Diese artikulierte sich vor allem in aufwendigen Kolonisierungsversuchen durch gezielte Ansiedlung von Serben sowie in einer Politik der Diskriminierung gegenüber der lokalen, insbesondere muslimisch-albanischen Bevölkerung. Erst mit dem Einmarsch der Achsenmächte in Jugoslawien 1941 änderten sich die politischen Machtverhältnisse.¹³ Sowohl die Italiener als auch die Deutschen förderten einen albanischen Großstaat, welcher auch das Kosovo-Gebiet einschloss. Abermals setzten Vertreibungen ein, dieses Mal der serbischen Bevölkerung.

Nach dem Zweiten Weltkrieg sah sich das neue sozialistische Regime Jugoslawiens mit der Frage konfrontiert, welchen politischen Status der Kosovo innerhalb der eigenen territorialen Grenzen erhalten sollte. Ansprüchen von Seiten der serbischen Teilrepublik und von Seiten der kosovoalbanischen Bevölkerung wurde dadurch begegnet, dass das Gebiet in seinen bis heute gültigen Grenzen verschiedene Phasen innerstaatlicher Autonomie durchlief. Dies entsprach gewissermaßen einer politischen Notlösung bzw. einer Behelfsmaßnahme, nachdem es im Zuge des Kominform-Konflikts von 1948 zu keiner territorialen Vereinigung Jugoslawiens und Albanien gekommen war.¹⁴ Vielmehr avancierte Albanien unter Enver Hoxha zu einem Exporteur des albanischen Nationalismus in der Region. Der Kosovo verblieb derweil als „Armenhaus“¹⁵ innerhalb serbischer Teilrepublik, trotz massiver Aufbauhilfen durch den jugoslawischen Staat und seine Teilerbitten.

In den 1980er Jahren, nach dem Tod des jugoslawischen Staatschefs Josip Broz Tito, verschlechterte sich das Verhältnis zwischen der kosovoserbischen und der kosovoalbanischen Bevölkerung zusehends.¹⁶ Dieser Umstand stellte einen wesentlichen Grund für den politischen Aufstieg Slobodan Miloševićs zum fast unumschränkten Machthaber Serbiens dar, nutzte er doch antialbanische Ressentiments, um die Autonomie des Kosovo zu beenden und das Gebiet der serbischen Teilrepublik einzuverleiben. Anstatt auf diesem Wege seine Position innerhalb der jugoslawischen Föderation zu stärken, förderte er jedoch mit diesem Schritt die zentrifugalen Kräfte, welche das Ende des Vielvölkerstaates einläuten sollten.

¹² Vgl. Fischer, Bernd J.: Albania as Political Laboratory – the Development of the Albanian State during the 20th Century. In: Jordan, Peter; Kaser, Karl; Lukan; Walter; Schwandner-Sievers, Stephanie; Sundhaussen, Holm: Albanien. Geographie – Historische Anthropologie – Geschichte – Kultur – Postkommunistische Transformation. Frankfurt am Main 2003, S. 177.

¹³ Vgl. Ramet, Sabrina: Die drei Jugoslawien. Eine Geschichte der Staatsbildungen und ihrer Probleme. München 2011, S. 201f.

¹⁴ Vgl. Sundhaussen, Holm, 2014, S. 96f.

¹⁵ Vgl. Kramer, Helmut; Džihic, Vedran, 2006, S. 18.

¹⁶ Vgl. Schmitt, Oliver Jens, 2008, S. 300–303.

Während der serbischen Dominanz über den Kosovo in den 1990er Jahren organisierten die Kosovoalbaner einen Untergrundstaat als Keimzelle einer zukünftigen Eigenstaatlichkeit.¹⁷ Als die Chancen für eine internationale Unterstützung eines solchen Vorhabens zu scheitern drohten, formierte sich unter den Kosovoalbanern paramilitärischer Widerstand gegen das serbisch-jugoslawische Regime. Die Eskalation des folgenden Bürgerkrieges führte schließlich zur Intervention der NATO 1999.¹⁸ Die Kampfhandlungen endeten mit dem Rückzug der serbisch-jugoslawischen Truppen aus dem Kosovo. Begleitet wurden diese von einem Flüchtlingsstrom, bestehend vor allem aus Serben.

Nach dem Krieg wurde auf Beschluss des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen ein internationales Protektorat im Kosovo errichtet, mit dem Ziel eine substantielle Selbstverwaltung einzurichten und die Multikulturalität in der de jure nach wie vor zu Serbien gehörenden Provinz zu erhalten. Die Vereinten Nationen (UN) vermochten es gleichwohl nicht, die entstandenen Parallelgesellschaften von Kosovoserben und Kosovoalbanern zusammenzubringen. Aufgrund politischer und wirtschaftlicher Unzufriedenheit brachen im März 2004 Unruhen im Kosovo aus, welche zur Vertreibung eines Großteils der verbliebenen serbischen Bevölkerung führten.¹⁹ Die Jahre danach waren von der Frage nach dem endgültigen internationalen Status des Kosovo geprägt. Im Februar 2008 erfolgte schließlich die einseitige Unabhängigkeitserklärung von Serbien auf der Grundlage des sogenannten Ahtisaari-Plans.²⁰ Die neuentstandene Republik Kosovo verblieb jedoch unter Überwachung der internationalen Gemeinschaft. Insbesondere die Europäische Union engagierte sich mit einer eigenen Mission intensiv vor Ort, um die Etablierung rechtsstaatlicher Standards zu gewährleisten. 2012 erhielt die Republik Kosovo schließlich ihre Souveränitätsrechte durch die sie überwachenden Staaten.²¹ Dennoch haben bis in die Gegenwart etliche Staaten den Kosovo nicht anerkannt, darunter auch einige EU-Mitgliedsstaaten.²² Auch Serbien verweigert sich beharrlich einer Anerkennung. Obwohl es seit Jahren einen durch die EU geförderten technischen Dialog zwischen Serbien und dem Kosovo gibt, kann somit von einer endgültigen Befriedung dieses Konfliktfeldes keine Rede sein.

1.3 Relevanz des Themas und aktueller Stand der Forschung

Zur Kosovo-Thematik gibt es eine inzwischen schon fast unübersehbare Menge an Fachliteratur. Bei genauerer Betrachtung fällt jedoch auf, dass nur verhältnismäßig wenige Themenstränge von dieser abgedeckt werden. So erstrecken sich die zahlreichen politikwissenschaftlichen und journalistischen Arbeiten in der Regel vor allem auf Themenkomplexe der

¹⁷ Vgl. a. a. O., S. 316ff.

¹⁸ Vgl. Sundhaussen, Holm, 2014, S. 380–384.

¹⁹ Vgl. a. a. O., S. 492.

²⁰ Vgl. a. a. O., S. 499f.

²¹ Vgl. Distler, Werner: Intervention als soziale Praxis. Interaktionserfahrungen im Alltag des Statebuilding am Beispiel der Internationalen Polizeimission im Kosovo. Wiesbaden 2014, S. 100.

²² Vgl. Bečka, Jan: Long Way to Recognition: Challenges Facing the European “Newborn” from the 2015 Perspective. In: Riegl, Martin; Doboš, Bohumil: Unrecognized States and Secession in the 21st Century. Cham 2017, S. 207.